

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 08.08.2017

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:31 Uhr - 18:33 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Michael Stötzer

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	12	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Dr. Dieter Füsslein
Herr Klaus Möstl

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
sachkundiger Einwohner

dienstlich
privat

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

16:38 Uhr; TOP 4;
dienstlich

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktion DIE LINKE
Herr René Deschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Bernhard Herrmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Ulf Kallscheidt	SPD-Fraktion
Herr Jürgen Leistner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Herr Kai Tietze	Fraktion DIE LINKE
Herr Falk Ulbrich	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Christian Kempe

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

i. V. für Herrn
Dr. Füsslein

sachkundige Einwohner

Herr Reiner Amme
Herr Sören Gruner
Herr Kay Kaden
Herr Bernd Weber

Gäste

Herr Ralf Großkopf	CVAG
Herr Gunther Kermer	KPM-Bau GmbH
Herr Roland Warner	eins energie in Sachsen

zu TOP 5
zu TOP 6
zu TOP 4

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Dagmar Badock	Abteilungsleiterin Abt. 67.2	
Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61	
Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67	
Herr Dr. Frank Feuerbach	Leiter Stabsstelle 06.1	
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66	
Herr Gunter Hempel	Abteilungsleiter Abt. 66.5	zu TOP 5
Herr Falk Reinhardt	Leiter SE 17	
Herr Dr. Thomas Scharbrodt	Amtsleiter Amt 36	
Frau Gabriele Schulze	Referentin D 6	
Herr Tibor Stemmler	Amtsleiter Amt 62	

Schriftführer

Herr Marcus Hädicke	Sachbearbeiter Abt. 15.4
---------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 16.05.2017 und 30.05.2017
-

Gegen die Niederschriften sind keine Einwendungen eingegangen. Sie sind somit genehmigt.

- 4 Wärmeversorgungskonzept der Stadt Chemnitz
-

Eine PowerPoint Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Warner (eins energie in Sachsen) gibt vorab bekannt, dass die heutigen Informationen zum Wärmeversorgungskonzept noch der abschließenden Zustimmung des Aufsichtsrates unterliegen.

Er führt aus, dass es Ziel des Konzeptes sei, die Wärmeversorgung in Chemnitz langfristig zu sichern. Er gibt an, dass bei den vorausgehenden Überlegungen viele wichtige Faktoren betrachtet wurden. Die Intention sei es, das Fernwärmenetz zu optimieren. Dabei sollen verschiedene Netzoption flexibel eingebunden werden. Anhand der Präsentation macht er deutlich, dass eine Reihe an Erzeugungsoptionen als Lösung in Betracht gezogen wurden. Im Ergebnis hat man sich darauf verständigt, aus der Braunkohle auszusteigen. Alternativ sollten erdgasbefeuerte Groß-Blockheizkraftwerke (BHKW) installiert, der Anteil an Heizkraftwerken gesteigert und Heißwassererzeuger eingesetzt werden. Neben der Nutzung von erdgas- und holzbasierten Technologien können regenerative Energiequellen

wie Biogas, Solarthermie und Ersatzbrennstoffe (EBS) sinnvolle Ergänzungen darstellen. Er erklärt, dass das Konzept bis 2030 stufenweise umgesetzt werden soll und dabei vor allem folgende Punkte im Fokus stehen:

- Braunkohleausstieg,
- hohe Versorgungssicherheit,
- Senkung der Emissionen,
- faire Preise.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) findet das vorgestellte Konzept gut. Er stellt fest, dass dadurch in den Kraftwerken auch mehr Leistung abgerufen werden kann. Die Nutzung von Holzheizkraftwerken sieht er kritisch und weist auf den Gebrauch von Biogasstandorten hin. Er stellt in Frage, ob die angegebenen 14 % an erneuerbaren Energien im Städtebaulichen Entwicklungskonzept (SEKo) zielführend und realistisch sind.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob in Betracht gezogen wurde, Wasserstoff zu erzeugen und diesen als Energiequelle zu nutzen. Ebenso möchte er wissen, ob es sich bei den Holzhackschnitzeln um Plantagenholz handle.

Herr Warner merkt an, dass man Biogas nur als Option sehe und bisher nicht kalkuliert habe. Er erklärt, dass es sich um europäisches Holz handle und dies nicht von Plantagen stamme.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bezeichnet das Konzept als zeitgemäß. Er zeigt auf, dass in den nächsten Jahren viel investiert werden wird. Er sensibilisiert die Ausschussmitglieder zur dezentralen Energieversorgung. Den Stellenwert von Holz als regenerative Energiequelle beschreibt er als sehr bedeutend. Die Zukunftsfähigkeit von Gasanlagen stellt er in Frage.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) dankt der Vorstellung des kleinteiligen Konzeptes im Ausschuss und schreibt diesem eine große Bedeutung für die Stadt Chemnitz zu. Er merkt an, dass die Erwartungen an die Energie in vielen Bereichen sehr hoch gesteckt sind. Er weist darauf hin, dass die Zusammenhänge zur Wirtschaftsführung der Energie und anderen Chemnitzer Unternehmen nicht zu vernachlässigen seien.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fühlt sich gut über die Thematik informiert. Er gibt an, dass er das Fortbestehen der Energieerzeugung in Chemnitz positiv sieht und erwähnt lobend, dass man auf Entwicklungen der letzten Jahre reagiert habe. Als wesentliche Zielstellung betont er den Einsatz von erneuerbaren Energien und lenkt ein, dass es für das Verbrennen von Holz ein Für und Wider gäbe. Er warnt davor, ausschließlich in unflexibler Erzeugung zu investieren. Abschließend dankt er Herrn Warner für die gute Kommunikation und hofft auf weitere Beteiligung der Stadträte. Herr Stadtrat Herrmann fragt nach, ob die Vorhaben Folgen für die Wirtschaftspläne der Energie hätten.

Herr Warner gibt zu verstehen, dass die Wirtschaftspläne der Energie jährlich neu erstellt und durch den Aufsichtsrat beschlossen werden. Damit habe man die Möglichkeit, jedes Jahr auf Veränderungen flexibel reagieren zu können. Herr Warner erklärt, dass die Thematik von regenerativen Energien – vor allem EBS – intensiv durchdacht wurde. Das Endprodukt ist Energie und dabei sei es unerheblich, was verbrannt werde. Abschließend gibt er im Sinne der Preisstabilität zu bedenken, dass die Energiegewinnung aus Müll sechs Prozent an erneuerbarer Fernwärme liefern könnte.

5 Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV einschließlich der Berichterstattung zu Fahrgastunterständen

Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV

Eine PowerPoint Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Hempel (Abteilungsleiter Abt. 66.5) veranschaulicht die Entwicklungen im Zeitraum von 2011 zu 2015 und er erklärt, dass diese dem EFRE-Förderprogramm zu zuordnen sind. Im letzten Jahr wurden vereinzelt Ergänzungen und Lückenschlüsse vorgenommen. In 2017 konzentrierte man sich vor allem auf einzelne Vorhaben wie beispielsweise das Chemnitzer Modell.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) fragt, ob die Maßnahmen die erhofften Fahrtzeitgewinne ergeben haben. Ebenso möchte er wissen, inwieweit Maßnahmen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) geplant seien. Er erhofft sich für die Zukunft eine ÖPNV-Beschleunigung in Verbindung mit einer „grünen Welle“.

Herr Großkopf (CVAG) gibt an, dass auf einzelnen Linien ein Zeitgewinn von zwei bis drei Minuten zu verzeichnen sei. Ebenso sei das Liniennetz spürbar effektiver und dynamischer. Des Weiteren seien kleinere Gewinne bei den Umlaufzeiten bemerkbar. Er betont die enge Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und weist auf Streckenabschnitte hin, welche in der Zukunft noch angepasst werden müssen.

Herr Hempel erklärt, dass der Fördermittelgeber die Bedingung gestellt hat, die Entwicklungen vorher und nachher zu untersuchen und auszuwerten. Dabei spiele auch die allgemeine Verkehrssicherheit eine große Rolle. Der Handlungsbedarf beim MIV sei bekannt. Die Probleme bestehen jedoch auch unabhängig von den Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV.

Auf die Nachfrage von **Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CUD/FDP)** inwieweit ein Anstieg an Fahrgästen zu verzeichnen sei, erklärt **Herr Großkopf**, dass die Zahl an Fahrgästen grundsätzlich zunehme, aber kein Kontext zu den Maßnahmen der ÖPNV-Beschleunigung hergestellt werden kann.

Berichterstattung zu Fahrgastunterständen

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erklärt, dass weder die Stadt Chemnitz noch die CVAG Eigentümer der Fahrgastunterstände (FGU) seien. Für den Bau und die Unterhaltung der FGU gibt es Verträge mit der Firma Ströer, da sich die Refinanzierung nur durch entsprechende Werbung stemmen ließe. Im Moment seien die vertraglichen Kapazitäten ausgeschöpft. In den erneuten Vertragsverhandlungen habe man versucht, die Situation der Stadt-/Ortsteile aufzugreifen und die Verträge zu erweitern. Es bestehe die Möglichkeit, FGU umzusetzen. Durch Ströer werden jährlich mindestens 30 Unterstände erneuert, jedoch habe das Maß an Vandalismus zugenommen. Er spricht sich dagegen aus, selbst für die Unterhaltung aufzukommen. Herr Gregorzyk weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass sie ihre Hinweise und Ideen dem Tiefbauamt zur Prüfung zu leiten können.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hinterfragt die Anzahl an Haltestellen an der Barbarossastraße und fragt nach der Schaltregelung von Lichtsignalanlagen, welche ÖPNV-abhängig eingreifen. **Herr Gregorzyk** sichert eine nachträgliche Beantwortung der Fragen zu.

Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) informiert über die Situation von FGU in Kleinolbersdorf-Altenhain. Er sieht vor allem bei Unterständen der Ringbuslinie mehr Potential. Er gibt zu bedenken, dass nicht ausschließlich die Beschleunigung, sondern auch die FGU den ÖPNV attraktiver machen. Seiner Meinung nach seien im ländlichen Raum auch „einfache“ Unterstände ausreichend. Er werde die Zusammenstellung von Vorschlägen im Ortschaftsrat thematisieren.

Herr Gregorzyk weist darauf hin, dass sich die FGU nur durch Werbeträger refinanzieren lasse und dies bei „einfachen“ Bauten nicht unbedingt gegeben sei.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) kritisiert die Glasflächen an den Unterständen und weist darauf hin, dass diese vielen Vögeln das Leben kosten.

Herr Gregorzyk merkt an, dass ihm dazu keine Zahlen bekannt seien, die ein Umrüsten rechtfertigen.

6 Beschlussvorlage an den Stadtrat

Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14/09 Wohnpark Kaßbergallee, Erzbergerstraße

Vorlage: B-133/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Bürgermeister Stötzer leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) spricht sich grundsätzlich für die Vorlage aus. Er habe Ende Juli in der Presse einen Gestaltungsvorschlag gesehen, den er so nicht unterstützen möchte. Er fragt, ob der eingereichte Bauantrag den Planungen entspreche und inwieweit die Gestaltungsmöglichkeiten zum Tragen kommen. Des Weiteren möchte er wissen, wie die Anregungen der Ordn.-Nr. 22 und 23 des Beschlussvorschlages zum Biotop berücksichtigt wurden.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) gibt an, dass der Bauantrag vorliege und nach der ersten Prüfung in Ordnung sei. Bezüglich der Anregungen zum Biotop führt er aus, dass es einen Vororttermin gegeben habe, bei dem jeder einzelne Baum begutachtet und eingeschätzt wurde.

Herr Bürgermeister Stötzer merkt an, dass die Gestaltung dem Investor unterliege. Er teilt mit, dass Herr Kermer heute da sei und ein paar Ausführungen machen könnte.

Herr Kermer (KPM-Bau GmbH) erklärt, dass die ursprünglichen Planungen überarbeitet wurden und nur noch die zwei Bestandszufahrten geplant seien. Er weist darauf hin, dass Gestaltung immer zwiespältig gesehen werde. Er sei allerdings für gestalterische Details und Vorschläge der Stadträte offen.

Auf die Frage von **Herrn Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** nach geplanten Parkmöglichkeiten für Anwohner, antwortet **Herr Kermer**, dass die Tiefgaragenstellplätze oberhalb der gesetzlichen Standards geplant seien und darüber hinaus befinde man sich in Verhandlungen mit der Eigentümerin eines angrenzenden Grundstückes, um da ebenfalls Anwohnerstellplätze schaffen zu können.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) hofft, dass den Anregungen aus der Bevölkerung zum Biotop ordnungsgemäß abgeholfen werden konnten. Er kritisiert ebenso den Charakter der Gestaltung und weist auf den architektonischen Stil des Kaßberges hin.

Herr Kermer gibt an, dass man auf bekannte Chemnitzer Architekten zurückgegriffen habe und der Käuferzuspruch gut sei.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass man solch eine Bauweise auch an anderen Stellen zugelassen habe. Er lobt die Einordnung des Fuß- und Radweges und den Bestandsschutz des Großgrüns. Er fragt nach, ob zukünftig eine Ost-West-Verbindung auf dem Kaßberg geplant sei und erkundigt sich nach dem Zustand der Erzbergerstraße.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass eine Ost-West-Verbindung in Planung sei und man die Erzbergerstraße nach Abschluss der Bauarbeiten begutachten werde.

Herr Scherzberg drängt darauf, den Wurzelschutz zwingend durch zu setzen und gegebenenfalls Auflagen zu erteilen. Er fragt nach, ob bis zur Stadtratssitzungen weitere Gestaltungsmöglichkeiten vorgestellt werden können.

Herr Kermer erklärt, dass man die Bäume in ihrer Gesamtheit umfassend schützen werde. Die Erarbeitung eines weiteren gestalterischen Vorschlags werde bis zum Stadtrat nicht möglich sein.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) kritisiert die Haltung der Ausschussmitglieder und weist darauf hin, dass der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss kein „Gestaltungsausschuss“ sei. Man müsse in diesem Punkt alle Investoren gleich behandeln und sollte sich darüber freuen, dass sich in Chemnitz etwas entwickelt.

Herr Bürgermeister Stötzer weist abschließend darauf hin, dass die Gestaltung kein Planungsziel darstellt. Er vermittelt zwischen den Ausschussmitgliedern und dem Investor.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) regt an, die Trasse zwischen Kaßberg und Altendorf in den kommenden Bebauungsplan aufzunehmen.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu. (8 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen).

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt den Punkten 2, 3 und 4 en-bloc einstimmig zu. (8 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen).

7 Beschlussvorlagen an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

- 7.1 Aufstellungsbeschluss zur 43. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich "ehem. Bahnhofsareal Altendorf" im Stadtteil Altendorf
Vorlage: B-153/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Bürgermeister Stötzer leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) gibt zu verstehen, dass die im Vorfeld diskutierte Wegeverbindung im Baufeld 3 nicht ersichtlich sei.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erklärt, dass solch eine Zuwegung nicht im Flächennutzungsplan (FNP) dargestellt werden kann. Ein Bebauungsplan werde folgen, worin die Verbindung berücksichtigt werden könnte.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** ergänzt **Herr Butenop**, dass der FNP in seinem Maßstab zu groß sei und nur Grundzüge beinhalte.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont die Wichtigkeit der Zuwegung.

Beschluss B-153/2017

Der Planungs- Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Einleitung des Verfahrens zur 43. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich „ehem. Bahnhofsareal Altendorf“ im Stadtteil Altendorf wird zugestimmt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(13 Ja-Stimmen)**

7.2 Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94/31
"Ortskern Euba"
Vorlage: B-112/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Bürgermeister Stötzer leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-112/2017

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Einleitung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94/31 „Ortskern Euba“ im Bereich zwischen der Straße Am Lehngut, der Talsperrenstraße, der Hauptstraße und der Eubaer Straße wird zugestimmt.
2. Als Planungsziele werden definiert:
 - Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes nach § 4 BauNVO
 - Erhaltung des dorftypischen Charakters und Umsetzung der Ortsgestaltungssatzung von Euba
 - Erhalt des Lehngutteiches mit der parkartigen öffentlichen Grünfläche
 - Neue Dorfplatzgestaltung unter Einbezug der Erweiterung der Offenlage des Eubaer Bachs an der Hauptstraße
 - Fußwegebeziehungen zwischen neuem Dorfplatz und altem Lehngut
 - Neue Zuordnung der Ausgleichsflächen
 - Nachrichtliche Übernahme der Plangenehmigung zur Offenlegung des Eubaer Bachs
3. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird durch Planzeichnung (Anlage 3) bestimmt. Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke Nr. 143/9, 148, 149/4, 149/5, 149/6, 149/7, 150/2, 150/5, 152, 153, 155/19, 155/20, 155/21 und 270/b der Gemarkung Euba sowie die Teilflurstücke Nr. 141/3, 270/29, 271/5, 946/1 und 954/2 der Gemarkung Euba. Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 2,98 ha.

4. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB aufgestellt werden.

Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(13 Ja-Stimmen)**

- 7.3 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 17/09
"Pleißebach/Rudolf-Krahl-Straße"
Vorlage: B-154/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erläutert die Beschlussvorlage. Er erklärt, dass derzeit ein Zwangsversteigerungsverfahren laufe und die Brache herrenlos sei. Die Stadt Chemnitz befinde sich somit in der Pflicht zur Ersatzvornahme.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** ob bereits 2017 Ersatzvornahmen vorgenommen wurden, antwortet **Herr Bürgermeister Stötzer**, dass die Gefahren bekannt seien und sich das Objekt in intensiver Beobachtung befinde.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) weist darauf hin, dass das Flurstück Nr. 246 die Zufahrt zum Radweg bilde.

Beschluss B-154/2017

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. In der Gemarkung Altendorf, zwischen dem Pleißebach und der ehem. Bahntrasse, westlich der Rudolf-Krahl-Straße, soll der Bebauungsplan Nr. 17/09 „Pleißebach/Rudolf-Krahl-Straße“ aufgestellt werden.

Als Planungsziele werden definiert:

- Festsetzung von Grünflächen,
- Sicherung der Frischluftschneise und des Kaltluftentstehungsgebietes in der Bachaue,
- Berücksichtigung des Hochwasserschutzes entlang des Pleißebaches,
- Sicherung der Liegenschaft Rudolf-Krahl-Straße 1 i. S. e. Bestandsschutzes (Mischgebiet).

2. Der räumliche Geltungsbereich des Plangebietes wird durch die Planzeichnung bestimmt. Im Geltungsbereich liegen die Flurstücke 7/1, 7/2, 13a, 20, 30a und 246 der Gemarkung Altendorf. Die Abgrenzung ist in der Anlage dargestellt. Der Geltungsbereich umfasst rd. 1,32 ha.

3. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden. Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(13 Ja-Stimmen)**

- 7.4 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 16/01
Solarpark Altendorfer Straße
Vorlage: B-147/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) lehnt eine ausschließliche Bodennutzung für Photovoltaikanlagen ab. Seiner Ansicht nach sei dies „Bodenverschwendung“. In seinen Augen wäre eine zwischenzeitliche Nutzung als Grünfläche sinnvoller.

Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DI GRÜNEN) ist bewusst, dass es an einem Investor fehle, dennoch weist er darauf hin, dass eine Solarflächennutzung mit Bebauung optimal gewesen wäre.

Auf die Frage von **Herrn Amme (sachkundiger Einwohner)** erklärt **Herr Butenop**, dass die Flächen schlecht erschlossen seien und eine gewerbliche Nutzung aufgrund des Mischgebiets und der Immissionen nur eingeschränkt möglich sei.

Beschluss B-147/2017

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 16/01 Solarpark Altendorfer Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) gemäß Anlage 3, sowie die Begründung gemäß Anlage 4 werden in der Fassung vom 22.05.2017 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)**

- 7.5 Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 2. Änderung des
Bebauungsplanes Nr. 94/40 "Stadtteilzentrum Süd"
Vorlage: B-150/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Bürgermeister Stötzer bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-150/2017

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Der geänderte Entwurf des Bebauungsplans Nr. 94/40 „Stadtteilzentrum Süd“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) in der Fassung vom 14.06.2017 gemäß Anlage 3, sowie die Begründung zum Bebauungsplan gemäß Anlage 4 werden gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(13 Ja-Stimmen)**

- 7.6 Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan
Nr. 10/09 Kleinwohnsiedlung Borna
Vorlage: B-157/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Bürgermeister Stötzer bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-157/2017

Der Planungs- Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Der geänderte Entwurf des einfachen Bebauungsplans Nr. 10/09 Kleinwohnsiedlung Borna bestehend aus Planzeichnung (Teil A), dem Textteil (Teil B) in der Fassung vom 31.05.2017 gemäß Anlage 3 sowie die Begründung zum Bebauungsplan gemäß Anlage 4 werden gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(13 Ja-Stimmen)**

- 8 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes
-

Eine PowerPoint Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Feuerbach (Leiter Stabsstelle 06.1) informiert anhand einer PowerPoint Präsentation über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes (SächsInvStärkG). Er erläutert den Antragsstatus und Umsetzungsstand der Budgets „Bund“ und „Sachsen“. Abschließend berichtet er über derzeitige Entwicklungen im Vergabebereich und über die Förderzeiträume. Die nächste turnusmäßige Berichterstattung erfolge am 14.11.2017.

Herr Bürgermeister Stötzer gibt an, dass im nächsten Ausschuss über das Schulbausonderprogramm informiert werde und die Berichterstattung seitens des Schul- und Sportamtes parallel erfolge.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) bittet darum, die Ausschussmitglieder rechtzeitig über Bauverzögerungen zu informieren.

- 9 Verschiedenes
-

- 9.1 Mündliche Informationen der Verwaltung
-

Es gibt keine Informationen seitens der Verwaltung.

9.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Deschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet darum, die Veranstaltung „Parksommer“ mit den Verantwortlichen auszuwerten und beispielsweise im Sanitärbereich zu reagieren und auf Alternativen zurückzugreifen.

Herr Bürgermeister Stötzer gibt an, dass eine Auswertung stattfinden werde.

Herr Stadtrat Deschner wünscht sich, diese im nächsten Ausschuss zu thematisieren.

Herr Weber (sachkundiger Einwohner) weist auf vertrocknete Bäume auf dem Mittelstreifen an der Zschopauer Straße/Höhe Südring hin. **Herr Börner (Amtsleiter Amt 67)** sei die Situation bekannt. Man werde die Allee im Herbst entfernen.

10 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bestimmt.

17.08.2017 *Stötzer*
Datum Michael Stötzer
Vorsitzender
des Ausschusses

23.08.2017 *Detlef Müller*
Datum D. Müller
Mitglied
des Ausschusses

23.08.2017 *Leistner*
Datum Leistner
Mitglied
des Ausschusses

16.08.2017 *Hädicke*
Datum Hädicke
Schriftführer